

# Von der Nachrüstung zur Null-Rüstung

B314A01

Die Geschichte des „Doppelbeschlusses“: Innenpolitik war wichtiger als Militärstrategie / Von Josef Joffe

Die Vereinigten Staaten sind bereit“, verkündete Ronald Reagan vor 200 Millionen TV-Zuschauern in vierzig Ländern, „auf die Stationierung von *Pershing II* und *cruise missiles* zu verzichten, wenn die Sowjets ihre SS-20, SS-4 und SS-5 verschrotten.“

Ronald Reagan, sonst ganz wehrhafter Patriot, sprach milde von Krieg und Frieden, und diesmal war auch der deutsche Kanzler „sehr dankbar“. Die unverhoffte Botschaft des Präsidenten, live in die letzten Winkel von Fernseh-Europa getragen, enthielt alles, „was wir Deutschen uns gewünscht haben“ (Helmut Schmidt): Wiederbelebung der Salt-Verhandlungen, neuen Plan bei den Wiener Truppenabbau-Gesprächen, schließlich gar die verblüffende Verbeugung vor jener „Null-Option“, die Außenminister Haig noch im September mit mildem Spott belegt hatte.

Helmut Schmidts Begeisterung über den historischen Sinneswandel im Weißen Haus hinderte ihn freilich nicht, auch sich selbst zu feiern — *ante festum*, 24 Stunden vor der Reaganschen Rede. In einem Fernseh-Interview am Dienstag der vergangenen Woche vermerkte er, welch gewichtigen Part die eigene Regierung bei dem amerikanischen Eröffnungszug gespielt hatte: Die „Null-Option“ bei den Mittelstrecken-Raketen „ist die Verhandlungsposition, die die Amerikaner nach langen Gesprächen mit uns übernommen haben“.

Die Nachrüstung mit *Pershing II* und Marschflugkörpern, „Europas politische Nadtmahr“ (*Washington Post*), ist plötzlich zum Waisenkind geworden. Vier Jahre lang galt Helmut Schmidt als Vater des Gedankens; es ist ein „Ruhm“, des-

sen er schon lange nicht mehr froh ist. Ende Oktober nutzte er den Bonn-Besuch von 18 amerikanischen Regional-Journalisten, um die historische Wahrheit im Gespräch endgültig aktenkundig zu machen: „Ich war nie enthusiastisch (über die Nachrüstung). Niemals. Das ideale Verhandlungsergebnis wären Höchstgrenzen bei den strategischen (Mittelstrecken-)Raketen auf beiden Seiten, die so niedrig wie möglich sind — idealerweise bei Null.“

Wer also wollte ursprünglich die Euro-Raketen? Waren es die Deutschen, die Mitte der siebziger Jahre eine Bedrohung durch sowjetische SS-20-Raketen aufwachsen sahen? Oder wollten die Amerikaner „nachrüsten“ — womöglich mit dem schlimmen Hintergedanken, einen begrenzten Atomkrieg fern ihrer Küsten, auf dem Boden ihrer Verbündeten, austragen zu können?

In Genf beginnen am kommenden Montag die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Mittelstreckenwaffen in Europa.

Ronald Reagans Verhandlungsangebot einer „Null-Option“ — Verzicht auf *Pershing II* und Marschflugkörper, wenn die Sowjets ihre Mittelstreckenraketen verschrotten — verblüffte Gegner, erleichterte die Verbündeten. Wer aber wollte ursprünglich die amerikanischen Raketen? Waren es die Deutschen, die eine sowjetische Bedrohung fürchteten? Waren es die Amerikaner, die „nachrüsten“ wollten?

Die Geschichte ist komplizierter, als es beide Seiten heute wahrhaben wollen. Der Journalist Leslie Gelb, unter Jimmy Carter einer der beamteten Hauptakteure im transatlantischen Raketen-Drama, notierte kürzlich mit Seitenblick auf Europas innenpolitische Verwerfungen: „Die Geschichte des Bündnis-Beschlusses ist längst zum Politikum geworden. Die Frage nach dem *Wer* und *Warum* ist inzwischen so kritisch, daß alle Beteiligten gewisse Dinge ‚vergessen‘ haben.“ Dies ist die Geschichte einer strategischen Idee, der Nachrüstung, die binnen weniger Monate die politische Szene in Europa verwandelte: Familienväter versuchten sich als Küchentischstrategen; die bizarre Logik der Abschreckung eroberte den Hausverstand; Jugendliche — und die Kirche —

entdeckten das Thema „Nuklearkrieg“ und der Kanzler drohte seiner Partei schließlich mit Rücktritt, falls jene Idee politisch scheitern sollte.

Datum

Zu Beginn, etwa Mitte der siebziger Jahre, herrschte noch strategische Eintracht im Lande und unter den Verbündeten. Nuklearstrategie galt, wie eh und je, als sorgfältig abgeschottete Domäne der Experten und Bürokraten. Die SS-20 war gerade als winziger Punkt am östlichen Horizont sichtbar geworden. „Wir wußten seit 1973, daß die Russen etwas in der Hinterhand hatten“, erinnert sich Donald Cotter, Unterstaatssekretär im Pentagon unter drei Verteidigungsministern (Schlesinger, Rumsfeld, Brown). „Die Sowjets testeten eine neue, bewegliche Fernrakete, die SS-16. Aber die Abschlußlafetten waren zu klein für ein dreistufiges Interkontinentalgeschloß. Da mußte es also noch eine Mini-Version für den Europa-Gebrauch geben.“ Cotters Kenntnisse stammten von Satelliten, Amerikas „Himmelsespione“.

Zu diesem Zeitpunkt hieß das Problem der Nato noch nicht „Nachrüstung“, sondern „Modernisierung“ — und zwar im gesamten Spektrum der *Theater Nuclear Forces* (Nato-Jargon: TNF, neudeutsch: „Atomwaffen in und für Europa“). Ein Großteil der 7000 amerikanischen Sprengköpfe auf europäischem Boden (US-Verteidigungsminister Schlesinger: „ein Haufen Schrott“) stammte aus den fünfziger Jahren. Zwei Drittel des TNF-Arsenals (die sogenannten „taktischen“ Atomwaffen) überbrückten bloß Entfernungen bis zu 30 Kilometer. Fazit: Im Kriegsfall fielen sie der ersten sowjetischen Angriffswelle

zum Opfer; sollten sie jedoch „überleben“, würden sie wegen ihrer geringen Reichweite auf — oder — als Luftabwehrwaffen über deutschem Boden explodieren — was ihren Abschreckungswert nicht gerade erhöhte.

Das Gros der weiterreichenden Bündniswaffen hing wiederum unter betagten Flugzeugen wie dem *Starfighter* (Erstbaujahr 1958) oder dem britischen *Vulcan*-Bomber (Erstbaujahr 1960), die allenthalben der Ausmusterung entgegenflogen. Ihre Pfliegerhorste gaben bevorzugte „Erstschlagziele“ ab. Zudem hatte der Warschauer Pakt ein engmaschiges Flugabwehrnetz aufgebaut. Gegen diesen „Zaun“, den dichtesten der Welt, hatten die veralteten Kampfbomber des Westens kaum noch eine Chance.

Abschreckung aber beruht auf Waffen, die selbst einen Überraschungsschlag „überleben“ und dann dem Gegner immer noch einen unakzeptablen Schaden zufügen können. Dies ist die bizarre, aber friedenserhaltende Logik des Atomzeitalters: Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter. Es galt also, die „Überlebensfähigkeit“ der eigenen Waffen und ihre „Eindringfähigkeit“ gegenüber dem sowjetischen Gegner zu sichern, der sein gesamtes Angriffspotential zügig verstärkte: von der höheren Mechanisierung seiner Landstreitkräfte bis zur Modernisierung seiner weitreichenden Bomber („Backfire“ ab 1974) und Raketen (SS-20 ab 1975).

Donald Cotter, von 1972 bis 1980 maßgeblich an der Formulierung amerikanischer TNF-Politik beteiligt, sagt: „In der Ära Gerald Fords und seiner Verteidigungsminister gelang es uns verhältnismäßig rasch, einen bürokratischen Konsensus im Bündnis herzustellen. Schlesinger besaß einen guten Draht zu Georg Leber in Bonn, und sein Nachfolger im Pentagon, Rumsfeld, hatte sich schon als Nato-Botschafter das Vertrauen der

Europäer erworben.“ In der dürren Kommuniké-Sprache der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) hieß es denn im Juni 1975: Man werde in Zukunft die „Möglichkeiten technologischer Verbesserungen im Dienste der Abschreckung“ genauer prüfen.

Hinter dieser nichtssagenden Floskel verbarg sich eine Generation neuer Kriegs-Geräte. Sie sollten die TNF-Arsenale der Allianz fürderhin „optimieren“; präzisere Lenkwaffen, „kleinere“ Atom-Gefechtsköpfe (um im dichtbesiedelten Europa „Nebenschäden“ zu verringern), Artilleriemunition mit „erhöhter Strahlung“ (die zwei Jahre später als „Neutronen-Bombe“ für Aufruhr sorgen sollte), schließlich so simple Dinge wie kriegstaugliche Befehls- und Nachrichtenstränge. „Präzision und Schadensbegrenzung“, so heute ein Vertrauter des Kanzlers, „waren seit 1975 zwei wichtige deutsche Forderungen.“ Vor allem aber signalisierte das Etikett „technologische Verbesserung“ die bevorstehende Geburt einer „Wunderwaffe“: des *cruise missile* („Marschflugkörper“), eines amerikanischen Urenkels der deutschen V-1.

Das Stummelflügel-Geschloß, ursprünglich von Henry Kissinger als *bargaining chip*, als diplomatisches Wechselgeld in die Salt-Verhandlungen mit den Sowjets eingebracht, empfahl sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre als Allheilmittel für die strategischen Beschwerden des Bündnisses. Kompakt genug, um in Krisenzeiten per Lastwagen in die nächste Waldlichtung transportiert zu werden, ist der Flugkörper namens *Tomahawk* („Kriegsheil“) theoretisch unverwundbar. Dank seines raffinierten Steuermechanismus kann der unbemannte Mini-Jet zwei- bis dreitausend Kilometer weit punktgenau ins Ziel fliegen. Er vermag im Tiefstflug, Radarzäune zu unterfliegen,

## ZEIT DOSSIER

geradeaus oder im Hakenschlag — ein Alptraum für jede Luftabwehr.

Anfang 1977 traten Präsident Ford und sein Verteidigungsminister Rumsfeld vom Geschichtsfeld ab, und Jimmy Carter erschien auf dem Plan. Uwe Nerlich, Strategie-Experte der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik bei München, vermutet: „Unter der alten Administration wäre die TNF-Modernisierung in den eingespielten Kanälen abgelaufen. Jimmy Carter aber brachte eine anti-nukleare Theologie mit ins Weiße Haus, die *cruise missiles* geradezu als Versündigung an der Rüstungskontrolle betrachtete.“

Der Konflikt mit den Verbündeten war darum unvermeidbar — zumal die Sowjets die Amerikaner hartnäckig bedrängten, der Aufstellung von Langstrecken-Marschflugkörpern (deren ausgeklügelte Lenktechnik sie nicht beherrschten) abzuschwören.

B314A02

## Quelle

„Seit dem Wladiwostok-Abkommen von 1974“, heißt es dazu in einem Bericht für den Auswärtigen Ausschuss im U.S. Repräsentantenhaus (*The Modernization of Nato's Long-Range Theater Nuclear Forces*, 1980) „hatten die Sowjets nachdrücklich dauernde Kontrollbestimmungen für *cruise missiles* gefordert, insbesondere eine Nicht-Weitergabe-Klausel.“

Bei Jimmy Carter und seiner Rüstungskontrollriege (ein Pentagon-Beamter: „Die wollten einfach keine neuen Atomwaffen“) fanden derlei sowjetische Wünsche offene Ohren. Schon im März 1977, kaum drei Monate nach Carters Einzug ins Weiße Haus, fuhr sein Chef-Unterhändler Paul Warnke mit frisch geschmürtem Salt-Paket nach Moskau. Es enthielt ein verlockendes amerikanisches Angebot: Eine Reichweitenbegrenzung bei den landgesteuerten Marschflugkörpern. „Warnke“, schreibt der renommierte amerikanische Journalist Strobe Talbott in seinem Buch *Endgame — The Inside Story of Salt*, „konnte sich nicht vorstellen, daß die Sowjets je einen neuen Salt-Vorschlag akzeptieren würden, der keine Fesseln für . . . *cruise missiles* enthielt.“

Die Deutschen erfuhren das (per gezielter Indiskretion) aus der amerikanischen Presse. Als das Moskau-Team Washingtons auf dem Rückweg in Bonn haltmachte, war Helmut Schmidt „empört“. Ein Mitreisender zitiert den Kanzler: „Wie konnten Sie *cruise missiles*-Kontrollen anbieten, ohne gleichzeitig mit den Sowjets über ihre SS-20 und den Backfire-Bomber zu reden?“

Der Bundeskanzler behielt seine Empörung nicht lange für sich. Schon im Mai 1977 feuerte er vor dem Nordatlantik-Rat seinen ersten, wenn auch diskreten, öffentlichen Warnschuß ab. Unter dem Motto „Parität gleich Paralyse“ mahnte er dunkel: „Der Salt-Prozess kann zu einer Lähmung der sowjetischen und amerikanischen stra-

tegischen Waffen führen“, die dann nur noch das „Überleben jener sichern, die sie auch besitzen.“

Mit dem ersten rhetorischen Schlagabtausch zwischen Deutschen und Amerikanern öffnete sich eine Vertrauenslücke im Bündnis, die sich sobald nicht wieder schließen sollte. Hatte nicht der frühere Direktor der Rüstungskontrollbehörde ACDA, Fred Ikle, schon im August 1976 vor den neuen sowjetischen „Regional-Bombern und -Raketen“ gewarnt, die „wie eine drohende, dunkle Wolke über Asien und Europa standen“? Es half kaum, daß die neuen Leute im Weißen Haus und im *State Department* jede Gelegenheit nutzten, um den Europäern ihre „Zwangsvorstellungen“ auszureden. Es half auch nichts, daß Außenminister Cyrus Vance im Herbst 1977 vor einem Senatsausschuss behauptete, daß die amerikanischen Potentiale allemal ausreichten, um die neuen Sowjet-Systeme in Europa auszutarieren. Im Gegenteil: In den europäischen Hauptstädten erinnerten sich die Experten plötzlich, daß Vance als Pentagon-Staatssekretär unter Kennedy für den Abzug amerikanischer Atomwaffen aus Europa plädiert hatte . . .

Prompt folgte Schmidts zweiter Warnschuß — diesmal massiver als im Mai. In einer inzwischen legendären Rede vor dem Londoner Institut für Strategische Studien dozierte er am 28. Oktober 1977: „Eine auf die Weltmächte USA und So-

## Datum

wjetunion begrenzte strategische Rüstungsbeschränkung muß das Sicherheitsbedürfnis der westeuropäischen Bündnispartner gegenüber der in Europa militärisch überlegenen Sowjetunion beeinträchtigen, wenn es nicht gelingt, die in Europa bestehenden Disparitäten . . . abzubauen.“ Dies war ein Aufruf zur Rüstungskontrolle auch in der vernachlässigten „grauen Zone“. Nur: „Solange dies nicht geschehen ist, müssen wir an der Ausgewogenheit aller Komponenten der Abschreckungsstrategie festhalten“ und dafür „ausreichende und richtige Mittel“ bereitstellen.

Enthielt dieser Satz, wenn auch vage formuliert, eine deutsche Forderung nach neuen eurostrategischen Waffen? Der Kanzler und seine Mitarbeiter weisen diese Lesart zurück.

Helmut Schmidt heute: „Es kann keine Rede davon sein, daß ich damals den späteren Doppelbeschuß gleichsam schon vorformuliert hätte. Das

war 1977 nicht mitgedacht.“ Der Kanzler war damals vor allen Dingen deswegen besorgt, weil Jimmy Carter das Thema Mittelstreckenraketen im Gespräch mit den Russen stets aussparte.

Lothar Rühl, damals noch ZDF-Wehrexperte in Brüssel und heute stellvertretender Regierungssprecher in Bonn: „Die Londoner Rede war kein Plädoyer für die Nachrüstung. Sie war ein Appell an die Amerikaner, das Problem zu lösen.“ Ein Abrüstungsexperte im Auswärtigen Amt: „Es ging uns eher um ein verstärktes Mitspracherecht bei Salt, wo die Amerikaner die europäischen Interessen nicht genügend berücksichtigten. Sie waren auf dem besten Wege, die *Cruise-missile*-Option zu verschenken. Und wir wollten uns diese Option nicht verschließen.“

In Washington sah man die Gewichte anders verteilt. Ein hoher Beamter in Carters *State Department*: „Schmidt hat zwar nie gesagt: ihr müßt Marschflugkörper in Europa stationieren. Aber wir haben die Logik seiner Londoner Rede so interpretiert.“ Ein hochrangiger Kollege: „Was wir hörten, war ein Wunsch nach neuen Systemen.“

Während seiner Londoner Rede hatte Helmut Schmidt das deutsche Unbehagen noch in ausgesucht höfliche Worte gekleidet. Doch schon im Dezember 1977 warnte Verteidigungsminister Georg Leber unverblümt: Die Salt-Abmachungen der Supermächte dürften den Europäern niemals den Zugang zu *cruise missiles* verschließen; und wenn schon eine Reichweitenbegrenzung, wie sie die Sowjets forderten, dann erst von 1500 Kilometer an.

Und die Amerikaner? Lynn Davis, damals Spitzenbeamtin im Pentagon: „Wir reagierten zögerlich.“

Helmut Schmidt erinnert sich anders. Schon beim Abendessen in London, nach seiner Rede vom 28. Oktober 1977, habe es einen erbitterten Disput mit den anwesenden amerikanischen Mitgliedern des I. I. S. S.-Council gegeben. Deren Berichte hätten dann am Potomac wohl einiges in Gang gesetzt.

Washingtons wichtigste Konzession war eine neue Bündnis-Diskussionsgruppe mit dem vielversprechenden Namen „High Level Group“ unter dem Vorsitz des Amerikaners David McGiffert. Die Gruppe nahm ihre Beratungen im Herbst 1977 auf. Ihr Auftrag: eine sorgfältige Analyse des TNF-Problems und ein Modernisierungsprogramm für die Nato.

B314A0:

## Quelle

## Datum

Bis Ende 1978 spielte Washington auf Zeit. Während die Bündnis-Bürokraten debattierten, zogen Amerikas Emissäre durch Europa, um die Modernisierung à la Carter zu predigen: bei den konventionellen Waffen. In Bonn tauchten in regelmäßigen Abständen amerikanische Diplomaten auf, um die nervösen Deutschen zu beruhigen: Alle sowjetischen Ziele seien durch das vorhandene strategische Potential abgedeckt, neue Waffen seien unnötig. Nur: „Je länger wir versuchten, eine Entscheidung hinauszuschieben“, erinnert sich ein Ex-Mitarbeiter in Carters Nationalem Sicherheitsrat, „desto schneller wuchs die Furcht der Europäer vor einem Ausverkauf ihrer Interessen.“

Während die Europäer ihren diplomatischen Druck auf Washington verstärkten, bahnte sich auf der deutschen Szene ein Desaster an. Die Modernisierung der Nato-Atomwaffen — bis dahin esoterischer Verhandlungspunkt für Militärs und Ministeriale — wurde im Laufe des Jahres 1978 zum Fanal einer innenpolitischen Revolte, welche die eigenen Schreckensvisionen zum Maß aller strategischen Dinge erhob.

Es begann im Sommer 1977 mit der Enthüllung der *Washington Post* über einen „Neutronen-Killer“, der künftig in das taktisch-atomare Potential der amerikanischen Europa-Streitkräfte eingehen sollte. Hinter diesem Science-fiction-Etikett verbarg sich ein Artilleriegeschoss mit zehnfach geringerer Sprengwirkung (bei gleichbleibender Strahlung), die einen Bruchteil der Zerstörungsgewalt der alten in Europa lagernden Atomwaffen ausmachte. Derlei feine Unterschiede beeindruckten die Kritiker nicht. Egon Bahr prangerte die Neutronenwaffe als „Perversion des Denkens“ an, die SPD-Parteilinke lief Sturm, und die Sowjetunion drohte mit der „Steigerung der internationalen Spannungen“ (Breschnew-Brief an Schmidt). Schließlich, im Frühjahr 1978, löste Jimmy Carter das Problem auf seine Weise. Nach unerforschlichem Ratschluß mit sich selbst während eines einsamen Wochenendes auf einer Georgia-Insel verschob er den Bau der Neutronenwaffe — nachdem Schmidt, allen innenpolitischen Widerständen zum Trotz, seine Zustimmung erteilt hatte, wongleich er sie mit Bedingungen verknüpfte: Mindestens noch ein kontinentaler Nato-Staat müsse zur Stationierung der N-Waffen bereit sein, und sie sollten vor der Stationierung zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden. Der Bundeskanzler fühlte sich von dem wankelmütigen Präsidenten dupiert.

Nachdem sich der Lärm im Sommer 1978 gelegt hatte, war eines klar: Bonns Handlungsspielraum bei der TNF-Modernisierung war drastisch geschrumpft — unter dem dreifachen Druck, der von den Ängsten der Bevölkerung, dem Widerstand in der SPD und dem Vetoanspruch der Sowjetunion ausging.

In den nächsten Monaten vollzogen Washington und Bonn Wenden von je 180 Grad.

Während die Regierungen am Rhein erkennen mußten, daß die innenpolitische Toleranz für alles, was mit Atomwaffen zusammenhing, außerordentlich gering war, tat sich im Rücken der Carter-Administration ebenfalls eine Widerstandsfront auf — freilich mit entgegengesetzter Marschrichtung: gegen Salt, Sowjets und Abrüstung.

Dem Präsidenten und seiner Rüstungskontroll-Riege dämmerte es sehr rasch, daß das heftig beförderte Salt-II-Abkommen nur noch zu retten sei, wenn anderswo — bei den Mittelstreckenwaffen in Europa, aber auch im strategischen Arsenal Amerikas — kräftig zugelegt würde. Fazit: Grünes Licht für Langstrecken-*cruise missiles* und die *Pershing II*, die bereits in der Bundesrepublik stationiert war. Ein hoher Beamter im Pentagon vermerkt lapidar: „Im Sommer 1978 war Washington endlich bereit, die Ansichten der Europäer zu übernehmen.“

Nachdem Washington seinen hinhaltenden Widerstand aufgegeben hatte, gerannen die bislang eher akademischen Beratungen der „High Level Group“ rasch zum Programm. Eine *cruise missile*-Stationierung zur See (mit der Schmidt von 1979 an zu liebäugeln begann) wurde verworfen — und zwar auf Betreiben der Europäer. Sie fürchteten die Kosten für neue U-Boote und

monierten außerdem, daß Marschflugkörper auf hoher See kaum geeignet waren, den Abschreckungsverbund zwischen Amerika und seinen Kontinental-Verbündeten zu festigen. Die neuen amerikanischen Waffen mußten auf europäischem Boden stehen — als weithin sichtbare Symbole einer transatlantischen Schicksalsgemeinschaft. Zugleich wehrten die Europäer — derselben Logik gehorchend — einen Vorstoß des Pentagons ab, der auf insgesamt 1500 Raketen und *cruise missiles* zielte: Ein derart massives Aufgebot war nicht nur gleichbedeutend mit einem „separaten“ euro-strategischen Gleichgewicht, das die Amerikaner aus ihrer europäischen Verantwortung entlassen könnte; es war vor allem auch eine allzu drastische Herausforderung der Sowjetunion.

Anfang 1979 herrschte wieder Eintracht unter den Verbündeten — zumindest auf der Ebene der Ministerialbürokraten: Von Ende 1983 an sollten 200 bis 600 Langstreckensysteme nach

Europa verlegt werden; die endgültige Entscheidung würde im Dezember 1979 fallen.

Anfang Januar bekräftigte Jimmy Carter den amerikanischen Sinneswandel höchstpersönlich — auf dem exklusiven westlichen Vierer-Gipfel von Guadeloupe, der ihn mit Helmut Schmidt, Valéry Giscard d'Estaing und James Callaghan zusammenführte.

Nach der Erinnerung des Kanzlers eröffnete Carter damals den strategischen Teil der Debatte. Die Europäer hatten ihn stets wegen des wachsenden sowjetischen Übergewichts im Mittelstreckenraketenbereich kritisiert. Er schlage nun vor, amerikanische Mittelstreckenwaffen in Europa zu dislozieren. Jim Callaghan hielt dagegen: Solch ein Beschluß sei zwar im Prinzip richtig, aber ehe man neue Waffen aufstelle, müsse man verhandeln. Dazu merkte Giscard an, die Sowjets würden nicht ernsthaft mit sich reden lassen, wenn sie nicht wüßten, daß bei einem Fehlschlag der Verhandlungen neue Waffen in Europa postiert

B314A04

B314A05

# ZEIT DOSSIER

würden. Der Bundeskanzler schloß sich dem an. Heute sagt er: „Giscard und ich haben damit die beiden gegensätzlichen Ansätze Carters und Callaghans miteinander verheiratet.“ Schmidts Wort — „Ich war einer der Verursacher des Doppelbeschlusses“ — bezog sich auf diesen Vorgang.

Das Wort „Doppelbeschluss“ gibt es in Guadeloupe noch nicht. Dieser Begriff stellte sich erst in den folgenden Monaten ein, als die Nato-Beamten die Details des Guadeloupe-Plans festlegten. Abrüstungsgespräche mit den Russen würde der

Preis, das Alibi, in mancher Augen der Ersatz für die — wie es nun publikumswirksam hieß — „Nachrüstung“ der Nato.

Auf der Brüsseler Nato-Ratstagung vom 12. Dezember 1979 wurden Rüstung und Abrüstung durch ein System kommunizierender Röhren verbunden: Je mehr die Sowjets bei ihren Eurowaffen abrüsteten, desto weniger würde das Bündnis, das sich schließlich auf 572 Systeme geeinigt hatte, nachrüsten — bis hin zur sogenannten „Null-Option“. Oder wie es im letzten Satz des Brüsseler Beschlusses hieß: „Der TNF-Bedarf der Nato wird im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft werden.“

Die sowjetisch-amerikanischen TNF-Gespräche beginnen am 30. November. Werden die Sowjets am Verhandlungstisch einen strategischen Vorteil in Europa aufgeben, den sie während der fünfziger und sechziger Jahre systematisch aufgebaut (SS-4, SS-5) und während der siebziger Jahre ebenso zielstrebig ausgebaut haben (SS-20)?

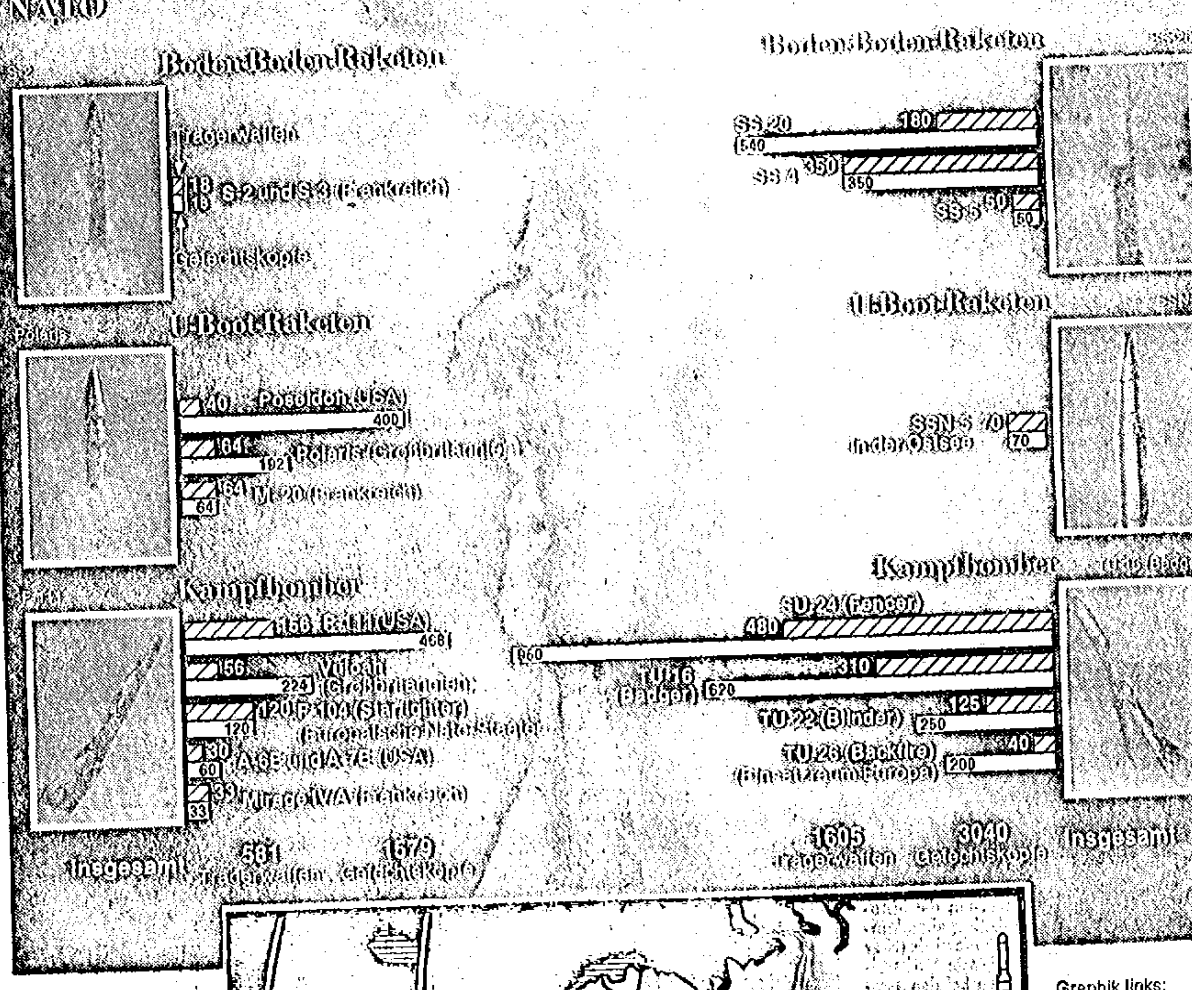
Eine derart massive Selbstbeschneidung läuft der ehernen Logik sowjetischer Militärpolitik seit Kriegsende total zuwider. Und dennoch will es die Ironie der Geschichte, daß sich die Sowjets diesen Verzicht leisten können, ohne ihre Überlegenheit zu verlieren. Während das westliche Bündnis wie gebannt auf die SS-20 starrt (Reichweite 5000 Kilometer), hat sich Moskau längst eine solide Rückversicherung bei den Kurzstreckenwaffen verschafft. Bei den atomaren Kampfbomben besitzt der Warschauer Pakt ohnehin eine 2:1 Überlegenheit (bis 1000 Kilometer — siehe Tabelle II). Hinzu kommt eine neue Raketen-Generation, die von der „Null-Option“ nicht erfaßt wird: die SS-21 (120 Kilometer), die SS-22 (1000 Kilometer) und die SS-23 (500 Kilometer). Sie sind doppelt bis dreimal so zielsicher wie ihre Vorgänger. Und auf vorgeschobenem Posten können sie einen Bogen von Birmingham bis Bari abdecken. Dazwischen liegen die meisten „strategisch relevanten“ Ziele im westlichen Bündnis. ●

17 P

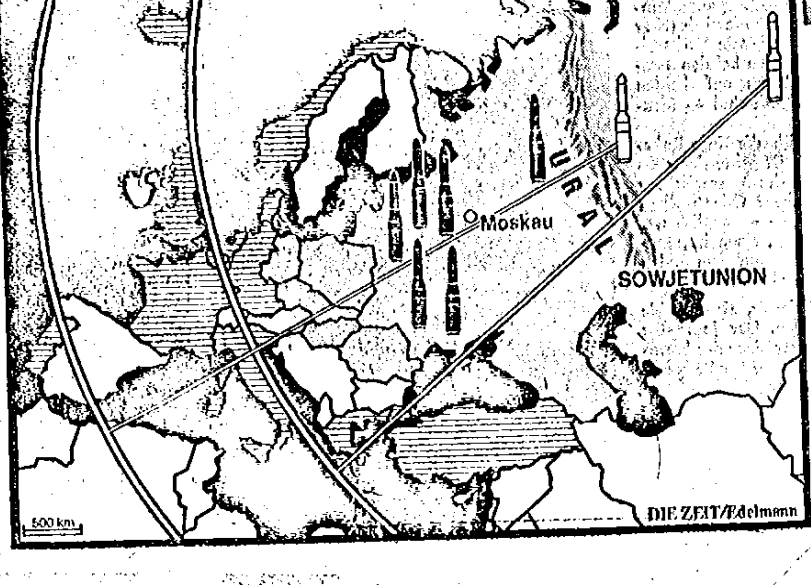
Mittelstreckensysteme in Europa (über 1000 km)

**SOHLECHTE VORLAGE  
ÜBERFORMAT**

Original siehe im  
Ordner P3A  
ED Nr. P3A 235



Graphik oben:  
Bei Bombern und Kampfbombern ist die maximal mögliche Sprengkopfbelastung beim Atom-einsatz angegeben; da ein Großteil der Flugzeuge auf beiden Seiten auch für konventionelle Aufgaben vorgesehen ist, deutet die Bombenzahl nur ein theoretisches Maximum an. Die amerikanischen U-Boot-Raketen „Poseidon“ fallen unter die Salt-Limits; sie werden der Euro-Balance zugerechnet, weil sie für Nato-Zwecke reserviert sind.



Graphik links:  
Der äußere Bogen links zeigt die SS-20-Reichweite bei der heutigen Stationierung westlich vom Ural. Der innere Bogen so deutlich machen, daß ein Rückzug hinter den Ural die Bedrohung Westeuropas keineswegs verringern würde. Diese Karte hat Recently dem amerikanischen Fernsehen gezeigt, als er seine Rede vom 18. November hielt.

Quelle: The Military Balance 1981/82 und Planungstab. Bundesministerium der Verteidigung

die Salt-Limits; sie werden der Euro-